

# **Bremische Bürgerschaft**

## **Landtag**

### **21. Wahlperiode**

#### **Anfragen in der Fragestunde der 33. Sitzung**

##### **Anfrage 1: Lernstandserhebung „StarS – Stark in die Grundschule“ Anfrage der Abgeordneten Falko Bries, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 12. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die von der Kultusministerkonferenz (KMK) geförderte Lernstandserhebung „StarS“, die in Hamburg ab 2027 für alle Erstklässler:innen eingeführt werden soll, um ihren Entwicklungsstand in Sprache und Mathematik zu testen und die Kinder gegebenenfalls frühzeitig und gezielt fördern zu können?
2. Inwiefern ist Bremen bei diesem von der Kultusministerkonferenz beauftragten Projekt der Länder zur Diagnostik, Förderung und Monitoring in den ersten beiden Jahrgangsstufen der Grundschule beteiligt?
3. Welche weiteren Planungen verfolgt der Senat diesbezüglich?

##### **Anfrage 2: Partnerschaftsgewalt in Familien mit minderjährigen Kindern – Schutzlücken durch geschlechtsspezifische Diskriminierung von Müttern? Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Sahhanim Görgü-Philipp, Michael Labetzke, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Teilt der Senat die Einschätzung, dass das außer Acht lassen von Partnerschaftsgewalt durch Väter im Kontext von Sorge- und Umgangsrechtsentscheidungen eine geschlechtsspezifische Diskriminierung darstellt, wenn betroffene Mütter mit ihren Schutzbedenken nicht gehört oder nicht ernst genommen werden, und welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um dem entgegenzuwirken?
2. Wie viele Fälle von Partnerschaftsgewalt in Familien mit minderjährigen Kindern sind dem Senat aus den Jahren 2020 bis 2025 im Land Bremen bekannt, in wie vielen dieser Fälle wurde im Nachgang durch das Jugendamt oder auf Beschluss der Familiengerichte ein begleiteter Umgang eingerichtet, und in wie vielen Fällen erfolgte trotz dokumentierter Partnerschaftsgewalt ein unbegleiteter Umgang des Kindes/der Kinder mit dem Vater?
3. Wie bewertet der Senat die Praxis Vätern trotz Partnerschaftsgewalt unbegleiteten Umgang zu gewähren – insbesondere im Lichte der Istanbul-Konvention, des § 1684 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sowie des Kindeswohlprinzips, und wäre demgegenüber ein Automatismus von begleitetem Umgang, wann immer Partnerschaftsgewalt vorliegt, eine Alternative?

**Anfrage 3: Nachmittagsbetreuung 2027 bis 2029**  
**Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Dr. Franziska Tell,**  
**Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**vom 12. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Betreuungsangebote wird es in Klasse 3 und 4 für Kinder von Arbeitnehmer:innen sowie weiteren Eltern mit Betreuungsbedarf am Nachmittag in den Schuljahren 2027/2028 sowie 2028/2029 geben, wenn der Rechtsanspruch auf Ganzttag noch nicht für alle Klassenstufen der Grundschule gilt?
2. Wie wirkt sich der Anspruch auf Ganzttag in Klasse 1 im Schuljahr 2026/2027 auf die Betreuungssituation für Grundschüler:innen mit Betreuungsbedarf am Nachmittag in den Klassen 2 bis 4 aus; kann sichergestellt werden, dass trotz Rechtsanspruch für Erstklässler:innen der Anspruch auf einen Hortplatz nach dem Aufnahmeortsgesetz (BremAOG) für Kinder der Klassen 2 bis 4 erfüllt werden kann?

**Anfrage 4: Prioritätenwechsel beim Thema Rückführungen? Fragen zur Auflösung der Zentralstelle für Rückführungen**  
**Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und**  
**Fraktion der FDP**  
**vom 12. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Stimmt es, dass die Zentralstelle für Rückführungen aufgelöst wird?
2. Was sind die Gründe für die Auflösung der Zentralstelle?
3. Warum hat die Senatorin die Prioritäten im Bereich der Rückführungen im Vergleich zu ihrem Vorgänger geändert?

**Anfrage 5: Profilschulen Niederdeutsch in der Praxis**  
**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Fynn Voigt, Thore Schäck und**  
**Fraktion der FDP**  
**vom 12. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern ist sichergestellt, dass an allen vier Profilschulen Niederdeutsch die zusätzlichen Stunden für den kontinuierlichen Unterricht auch zukünftig vollumfänglich zur Verfügung stehen?
2. Welche (Re-)Zertifizierungen der Profilschulen Niederdeutsch und/oder Lehrkräfte sind gegebenenfalls notwendig, und zu wann werden diese angestrebt?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, zwischen den Profilschulen und dem Stadtmusikanten- und Literaturhaus Kooperationen zu etablieren, und wie bewertet er das Potenzial, Niederdeutsch dadurch als lebendige Regionalsprache im Kontext der hiesigen Geschichte erlebbar zu machen?

**Anfrage 6: Wie ist Schwimmen im Sportstudium an der Universität Bremen verankert?**

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 12. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie wird das Schwimmen beziehungsweise der Bereich „Bewegen im Wasser“ im neu aufgebauten Fachgebiet Sportwissenschaften an der Universität Bremen abgebildet?
2. Welche Schwimmstätten stehen den Studierenden in welchem Umfang zur Verfügung, und welche Kooperationen bestehen?
3. Inwiefern werden die Rahmenbedingungen und Kapazitäten als ausreichend erachtet, um Sportstudierenden unterrichtliche Handlungskompetenzen in diesem Bereich zu vermitteln?

**Anfrage 7: Zuschlag in der Pflegeversicherung seit 1. Juli 2023 im öffentlichen Dienst Bremens**

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 17. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Was beinhaltete die Änderung in der Beitragszahlung für die Pflegeversicherung ab dem 1. Juli 2023 konkret, und wann, in welcher Form und wie umfassend wurden Mitarbeitende im öffentlichen Dienst durch Performa Nord darüber informiert?
2. Wie wird mit verspäteten Angaben zur Zahl von in einem Haushalt lebenden minderjährigen Kindern oder ihnen gleichgestellten privilegierten Erwachsenen und damit verbundenen Rückzahlungsforderungen für überzahlte Beiträge in die Pflegeversicherung umgegangen?
3. Wie viele verspätete Meldungen sind seit dem 1. Juli 2023 bei Performa Nord eingegangen, und wurden diese nachträglichen Meldungen bereits bearbeitet?

**Anfrage 8: Nachfragen zu Munitionsaltlasten in der Weser**

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 18. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat des Landes Bremen die geplante 50/50-Aufteilung der Betriebskosten für die Entsorgungsplattform zwischen Bund und Küstenländern, und welche finanziellen Belastungen ergeben sich daraus konkret für den Bremer Haushalt?
2. Welche Position vertritt Bremen gegenüber dem Bund hinsichtlich der Freigabe der Restmittel aus dem 100-Millionen-Euro-Sofortprogramm, insbesondere vor dem Hintergrund der noch ungeklärten langfristigen Betriebskostenfinanzierung?
3. Welche Schritte plant das Land Bremen gemeinsam mit anderen Küstenländern wie Niedersachsen und Hamburg, um eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Bergungs- und Entsorgungsmaßnahmen im Hafenbereich zu erreichen?

**Anfrage 9: Pflegeausbildung: Welche Unterschiede bestehen?  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 19. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über Unterschiede in Bezug auf Kompetenzerwerb und Qualität der Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz vor, die auf das Fehlen einheitlicher Standards zurückzuführen sind?
2. Inwiefern erachtet der Senat eine verbindliche Regelung für notwendig, die eine stärkere Berücksichtigung der Rahmenpläne der Fachkommission bei der Entwicklung der schulinternen Curricula und der praktischen Ausbildungspläne bundesweit vorsieht?
3. In welchem Austausch steht Bremen dazu mit anderen Bundesländern, und mit welchen Maßnahmen wird auf Bundesebene darauf hingewirkt, Unterschiede in der Qualität der Ausbildung zu verringern?

**Anfrage 10: Zahnärztliche Altersvorsorge verzockt – braucht es mehr Sicherungen und Aufsicht?  
Anfrage der Abgeordneten Michael Labetzke, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
vom 20. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Verbesserungsbedarfe, insbesondere vor dem Hintergrund der wohl aufgrund riskanter Anlagestrategien verlorenen Anlagen des auch für bremische Zahnärzt:innen zuständigen Versorgungswerks der Zahnärztekammer Berlin, sieht der Senat bei den bestehenden Regelungen zu den berufsständischen Versorgungswerken im Landesrecht und in den hiernach anzuwendenden Vorschriften in Versicherungsaufsichtsgesetz und Anlageverordnung des Bundes, um die angelegten Gelder der betroffenen Berufsgruppen zuverlässiger abzusichern?
2. Inwieweit hält der Senat der Versicherungsaufsicht im Land Bremen für hinreichend aufgestellt, um Verstöße gegen die Anlageregularien durch berufsständische Versorgungswerke, die der hiesigen Versicherungsaufsicht unterliegen, zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, und in welchem Umfang haben in den Jahren 2023 bis 2025 entsprechende Kontrollen stattgefunden?
3. Auf welche Weise setzt sich der Senat gegebenenfalls auf Bundes- und Landesebene für einen besseren Schutz der Kapitalanlagen in den berufsständischen Versorgungswerken ein?

**Anfrage 11: Europäischer Gerichtshof (EuGH) kippt Preisbremse für Schienen-Nahverkehr: Was unternimmt der Senat?**

**Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Michael Labetzke, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 8. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Folgen für Personen- und Güterverkehre im Lande Bremen hat aus Sicht des Senats das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19. März 2026, demzufolge die deutsche „Trassenpreisbremse“ nicht mit europäischem Recht vereinbar ist?
2. Was sind aus Sicht des Senats geeignete Instrumente, um Fahrgäste und Unternehmen vor steigenden Preisen zu schützen und damit die wirtschaftliche Attraktivität des Verkehrsträgers Schiene sicherzustellen?
3. Wie setzt sich der Senat auf Bundesebene konkret ein, um mit den Folgen des Urteils umzugehen?

**Anfrage 12: Raubüberfall in der Heimlichenstraße**

**Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND vom 13. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Sind die am 11. April 2026 vorläufig festgenommenen, tatverdächtigen 26- und 28-jährigen Personen tunesischer Staatsangehörigkeit bisher bereits polizeilich in Erscheinung getreten, die am Tag ihrer vorläufigen Festnahme in der Heimlichenstraße einen Raubüberfall begangen haben (vergleiche Pressemeldung der Polizei, POL-HB: Nr.: 0250) und falls ja, wie häufig, und um welche Art von Straftaten handelte es sich in der Vergangenheit konkret? Bitte die Delikte nach Tatverdächtigen zum Tatzeitpunkt einzeln auflisten.
2. Welchen aktuellen Aufenthaltsstatus haben die Tatverdächtigen aus Ziffer 1. und wann und wo sind sie ursprünglich in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?
3. Wurde gegen die oben genannten Personen aufgrund der Straftat vom 11. April 2026 eine Haft angeordnet und sofern nein, aus welchen Gründen wurde darauf verzichtet?

**Anfrage 13: Wie gut funktioniert die Preiskontrolle an Bremens Tankstellen?**

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 15. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Verstöße gegen die Preisregeln an Tankstellen wurden bislang seit dem 1. April 2026 vom Bundeskartellamt an die zuständige Landeskartellbehörde in Bremen weitergeleitet und was waren die Ergebnisse der weiteren Prüfungen? (Bitte Zahl und Art der Verstöße, mögliche Ursachen (zum Beispiel „Anpassungsschwierigkeiten“ bei 12-Uhr Regelung, systematischer Verstoß et cetera) sowie Rechtsfolgen angeben.)
2. Wie und in welcher durchschnittlichen Bearbeitungszeit werden in Bremen diese Meldungen entsprechend weiterbearbeitet?
3. Wie bewertet der Senat die Passgenauigkeit und Umsetzbarkeit der Änderung der Preisregeln an Tankstellen, und inwiefern haben sich Veränderungen gegenüber der Zeit vor dem 1. April 2026 ergeben?